



**Verband  
deutscher Bediensteter  
bei internationalen Organisationen  
der Vereinten Nationen**

---

## **RUNDBRIEF Nr. 103**

November 1999

---

**Postanschrift: VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19**  
**Tel./Fax: +41/22/788.64.77 - Di + Do 10-15 Uhr**  
**Bankkonto: 475.742.29.T UBS Genf - Postgirokonto: Genf 12-17909-7**  
**E-mail: [vdbio@compuserve.com](mailto:vdbio@compuserve.com)**

---

## INHALT

<u>Titel</u>	<u>Seite</u>
Einleitung .....	3
Beschäftigungsentwicklung bei den Vereinten Nationen im Jahre 1997 .....	4
Neue personalpolitische Strategie in der ILO .....	7
Mittelkürzungen für BS/JPO-Programme .....	8
Nachrichten aus den Arbeitskreisen: Genf und Bangkok .....	9
Aus der Presse:	
Köpfe sind auch Visitenkarten Deutschlands/ Die Personalpolitik für die Entsendung in Internationale Organisationen muss verbessert werden .....	10
Ein ungastlicher Gastgeber und geschwächte UN .....	12
“Das ist pure Ironie“ - Der neue UNDP-Chef kritisiert die rot-grüne Politik .....	14
Entwicklungshilfe - Tausend Schnitte .....	15
Hilfswerke warnen vor Ausbluten der Entwicklungshilfe .....	15
Lob ist billiger als Hilfe/Deutschland spart an der Entwicklungspolitik .....	17
Kampf gegen Schlendrian/UN-Generalinspekteur Paschke zieht Bilanz seiner Amtszeit .....	18

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich zunächst bei unserem "Statistiker", Michael Finger, von der WTO, bedanken, der wiederum die letzten Personalstatistiken der Vereinten Nationen ausgewertet hat. Sie zeigen für 1997 zum ersten Mal einen Anstieg des deutschen Personalanteils in den VN, auch wenn der Stand von 1990 nicht wieder erreicht wurde. Es besteht somit allenfalls Grund zu gedämpftem Optimismus.

In einem weiteren Beitrag geht es um die neue Personalstrategie der ILO - das Verwaltungsratspapier, aus dem wir zitieren, enthält eine sehr kritische Bestandsaufnahme, die in mehreren Punkten mit der des VDBIO übereinstimmt und sich in ihrer Kritik auch auf andere Organisationen übertragen läßt. Wir werden versuchen, in den folgenden Rundbriefen über Personalstrategien und -entwicklungen in anderen VN-Organisationen und den Entwicklungsbanken zu berichten. Natürlich sind wir dabei auf die Hilfe unserer Mitglieder angewiesen, die uns entsprechende Dokumente, oder - noch besser - gleich einen fertigen Beitrag zum Thema schicken können.

Mein Vorstandskollege Hans Willmann berichtet über Mittelkürzungen beim Programm "Beigeordnete Sachverständige", eine Nachricht, die den im ersten Beitrag aufgekommenen Anflug von Optimismus fast wieder zunichte macht.

Wie immer runden eine Reihe von Zeitungsartikeln diesen Rundbrief ab.

Ein weiteres Thema, das dem Vorstand am Herzen liegt, ist der Aufbau einer Webseite. Die Inhalte stehen im Entwurf bereits fest; wir sind aber auf Ihre Reaktionen und Ihre Mitarbeit angewiesen, wenn dies eine lebendige und aktuelle Einrichtung werden soll.

Der diesjährige Jahreswechsel bringt uns nicht nur in ein neues Jahr, sondern in ein neues Jahrhundert, ja sogar in ein neues Jahrtausend. Nüchtern betrachtet, macht dies zwar keinen besonderen Unterschied zu einem normalen Jahreswechsel, trotzdem möchte ich einige Perspektiven des Verbands für die nächsten Jahre aufzeigen.

Der Verband ist nun schon über 20 Jahre aktiv, und viele Anliegen an die Bundesregierung konnten durchgesetzt werden. Der VDBIO ist ein anerkannter Gesprächspartner der deutschen Regierung, die ihrerseits im VN-System und den internationalen Organisationen von der reinen Zahlerrolle mehr zu einem das VN-System aktiv mitgestaltendes Mitglied werden will. Hierzu braucht sie das Know-how der Deutschen in den internationalen Organisationen, und der VDBIO ist hierbei ein privilegierter Partner. In diesem Bereich sehe ich, neben unseren "klassischen" Aufgaben der Wahrung unserer Rechte als Deutsche, einen Aufgabenschwerpunkt für den VDBIO in den nächsten Jahren.

Wir als Gesamtvorstand sind dabei auf die aktive Mitarbeit unserer Mitglieder und aller Arbeitskreise angewiesen, und wir hoffen, dass sich mit den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten der Meinungsaustausch in Zukunft wesentlich aktiver gestalten wird. Auch wir als Verband müssen in der sich globalisierenden Welt zu einem "global player" im System der internationalen Organisationen werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest sowie einen guten Start ins neue Jahrtausend,

Ihr



## Die Beschäftigungsentwicklung bei den Vereinten Nationen im Jahre 1997

*Die neuesten Zahlen zur Beschäftigung im System der Vereinten Nationen wurden Mitte Mai vom ACC veröffentlicht und beziehen sich auf den Stand von Ende 1997. Dieser Beitrag soll einen kurzen Überblick über die Personalentwicklung im gesamten VN-Bereich im Jahre 1997 geben.<sup>1</sup> Danach ist der deutsche Personalanteil zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder gestiegen. Mit 3,95 % liegt er allerdings immer noch unter dem "eher bescheidenen" Stand von 1990 mit 4,1 %.*

Im Jahresverlauf 1997 hat sich die Gesamtzahl der VN-Beschäftigten weiter leicht (-0.1%) auf 52 107 Personen zurückgebildet (einschließlich der kurzfristig Beschäftigten - in Genf etwa 15% - dürfte die Gesamtzahl der VN-Beschäftigten im Jahre 1997 bei etwa 61 000 gelegen haben). Die Anzahl der "professionals" stieg um mehr als 3% auf 18 490, während die Anzahl der "General Service"-Bediensteten um 2% auf 33 617 zurückging. Der Anteil der beiden Kategorien hat sich seit dem Anfang der 90er Jahre nicht geändert: ein starkes Drittel für die "professionals" und nicht ganz zwei Drittel für die "G-Kategorie".

Die Anzahl der männlichen Bediensteten ist weiter um 1.2% gesunken, während die Zahl der weiblichen Bediensteten leicht anstieg. Der Frauenanteil stieg auf eine neue Rekordmarke von fast 47%. Betrachtet man die "professionals" getrennt, so zeigt sich bei den Männern zum ersten Mal seit Jahren wieder ein leichter Anstieg, der jedoch von einem 8%igen Anstieg bei den Frauen weit übertroffen wird. Bei den "professionals" erreicht der Frauenanteil Ende 1997 erstmalig die 31% Marke. Im Jahre 1990 lag ihr Anteil noch bei 22.7%.

Eine Aufteilung der VN-Beschäftigung nach Hauptbüro, Regionalbüro und Feld zeigt für 1997 einen leichten Beschäftigungsrückgang in den Hauptbüros, einen fast 10%igen Rückgang in den Regionalbüros und einen sehr starken Anstieg bei der Beschäftigung im Feld. Trotz dieses starken Zuwachses des "project staff" bleibt sein Anteil an der Ge-

samtbeschäftigung unter 15%. Hauptbüros und Regionalbüros beschäftigen beide jeweils etwas über 40%.<sup>2</sup>

Für das VN-System insgesamt kann man 1997 einen weiteren Rückgang des Anteils der Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen gegenüber den Beschäftigten mit befristeten Verträgen feststellen (kurzfristige Verträge unter einem Jahr sind hierbei - wie bereits erwähnt, nicht berücksichtigt). Der Anteil der unbefristet Beschäftigten sank Ende 1997 auf 40.8%. Insgesamt haben die "professionals" einen etwas geringeren Anteil an unbefristeten Verträgen als die "general service category".

Die geographische Verteilung der VN-Beschäftigung verändert sich teilweise mit den Krisengebieten. Osteuropa und die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR haben an Bedeutung gewonnen, während Thailand nach der Beruhigung in Kambodscha eine stete Abnahme der VN-Beschäftigten auf seinem Staatsgebiet verzeichnet. Dennoch bleibt die Rangfolge der fünf größten Gastländer (Schweiz, Italien, Österreich und Frankreich) in den 90er Jahren unverändert. Die Schweiz stärkt ihre Führungsposition 1997 (16.2% der VN-Beschäftigten) ebenso wie die USA ihren zweiten Rang (14.1%). Folglich bleiben Genf mit 8278 Beschäftigten vor New York mit 6713 Beschäftigten die mit Abstand wichtigsten VN-Dienstorte. Auf Rang drei befindet sich seit 1997 erstmalig Wien (3379) knapp vor Rom (3299). Betrachtet man allein die Beschäftigung der "professionals", dann steigt das Gewicht der

Schweiz (Genf) und der USA (New York) noch weiter. Die Zahl der VN-Beschäftigten in Deutschland stieg im Jahr 1997 um eine Person auf 72 Bedienstete an. Ende 1995 waren es nur 12 Personen gewesen.

Unterteilt man die Beschäftigten nach VN-Organisationen, dann kann man eine große Bandbreite in den jährlichen Veränderungs-raten feststellen. Zuwächsen von mehr als einem Viertel (UNOPS und UNFPA) für das Jahr 1997 stehen gleichzeitig Rückgänge zwischen von 6.5% bis 10% (UNIDO und ITC) gegenüber. Aber auch Organisationen mit einem starken mittelfristigen Beschäftigtenwachstum können große jährliche Schwankungen aufweisen. Welches Ausmaß die Umschichtungen im VN-Bereich haben, wird erst in einer mittelfristigen Beobachtung richtig deutlich. So sank die Anzahl der Beschäftigten der UNIDO und des ITC zwischen 1990 und 1997 um jeweils 44% und die der ILO/ICAT um 26%. Das dynamischste Wachstum in der gleichen Periode verzeichneten die WIPO und das UNHCR mit einem Anstieg von mehr als 70%. Die WTO (+36%) und die IAEA (+19%) stockten ebenfalls ihr Personal kräftig auf. Von mangelnder Anpassungsfähigkeit des VN-Systems im Personalbereich kann man bei solchen Zahlen wohl schlecht sprechen.

Die VN-Beschäftigung der "professionals", gegliedert nach Nationalität der Beschäftigten, hat schon immer besondere Beachtung gefunden. Eine Interpretation der Zahlen sollte in Betracht ziehen, daß sehr viele Bedienstete

mehrere Pässe haben und im Zweifelsfall gern unter der "unterrepräsentierten" Nationalität geführt werden. Dennoch stellen 15 Länder unter den mehr als 180 Mitgliedern der Vereinten Nationen bereits über die Hälfte der "professionals". Länder, deren Landessprache auch offizielle VN-Sprache ist, sind tendenziell wegen ihres Sprachpersonals stärker vertreten, als Länder ohne VN-Amtssprache. Daneben haben Länder mit einem VN-Dienstort natürliche Heimvorteile. Die USA, Frankreich und Großbritannien stellen mit Abstand das größte Kontingent der "professionals". Ihr Personalanteil hat sich 1997 trotz eines absoluten Anstiegs jedoch leicht zurückgebildet (10.7%, 6.7% und 5.6%). Italien, Belgien und Schweden haben dagegen absolute Rückgänge zu verzeichnen. Die Anzahl der Deutschen stieg 1997 mit 6% überproportional an. Mit 731 deutschen "professionals" stieg der Anteil auf 3.95%, das beste Ergebnis seit 1990, als dieser noch 4.1% betrug. Im mittelfristigen Vergleich sind die Rückgänge bei Belgien, Indien und Italien am stärksten, während Dänemark, Japan, Kanada und China die stärksten Zuwächse verzeichnen.<sup>3</sup>

Der Anteil der deutschen "professionals" an der Beschäftigung variiert stark zwischen den verschiedenen VN-Organisationen und Programmen. Relativ hohe Quoten werden 1997 allein bei der ILO (6.4%), IAEA (6.0%), FAO (5.7%), WIPO (5.3%) und der UNIDO (5.2%) erreicht. Sehr niedrige Anteile berichten dagegen UNICEF (1.9%), ICAO (2,4%)

---

<sup>1</sup>Weitere Kurzbeiträge sind geplant, die sich entweder auf die längerfristige Entwicklung oder auf Teilaspekte (z.B. "Frauenquote") beziehen. Zunächst gilt es festzuhalten, dass das statistische Datenmaterial 30 "Organisationen" und nur solche Beschäftigte erfasst, die in einem unbefristeten oder befristeten Vertragsverhältnis stehen, das mindestens ein Jahr dauert. Ebenfalls nicht enthalten in den Zahlen des ACC sind die "national professional officers", über deren Anzahl getrennte Statistiken geführt werden

<sup>1</sup>Der Anstieg der Beschäftigung im Feld um beinahe 50% ist etwas suspekt. Einmal konnte man bisher eher eine stetige Erosion des Beschäftigungsniveaus für das Projektpersonal in den 90er Jahren feststellen, zum andern beschränkt sich dieser Anstieg allein auf UNICEF. Es ist möglich, dass bisheriges Regionalbüropersonal einfach neu eingeordnet wurde, da dem Anstieg des "project staff" eine entsprechende starke Rückbildung in den Regionalbüros der UNICEF gegenüber steht.

<sup>1</sup>Es ist zu vermuten, dass ein nicht geringer Teil der Veränderungen auch auf die sich stark ändernde Zusammensetzung der Friedenstruppen zurückzuführen ist.

und die WHO (3.0%). Es besteht ein Trend zur Abschmelzung der hohen Anteile bei der WIPO, IAEA und der UNIDO, nicht dagegen bei der ILO und der FAO.

Die Anzahl der Deutschen in der G-Kategorie hat sich um 11 auf 170 Personen erhöht. Der Anstieg ist auf die eigentliche VN (ohne Sonderorganisationen) konzentriert, da dort 12 deutsche G-Bedienstete mehr beschäftigt

wurden als Ende 1996. Dennoch entspricht der deutsche Anteil beim "general service" weiterhin nur ein halbes Prozent. Die Gesamtzahl der deutschen VN-Beschäftigten (P- und G-Kategorie) betrug 901 Personen (Ende 1997) und damit 54 Personen mehr als Ende 1996. Dies ist der erste Anstieg seit vielen Jahren. Bleibt zu hoffen, daß sich der Aufwärtstrend durch weitere Anstrengungen aller Beteiligten weiter fortsetzt.

### **Deutsche Beschäftigte in der P-Kategorie bei den Vereinten Nationen nach Organisation, 1990 und 1997**

Deutsche "P"	Anzahl		Zuwachs %		Anteile %	
	1990	1997	90-97	96-97	1990	1997
<b>Vereinte Nationen</b>	<b>358</b>	<b>365</b>	<b>- 6.7</b>	<b>9.3</b>	<b>3.8</b>	<b>3.5</b>
VN	177	176	- 1.7	1.1	3.6	3.5
UNDP u. UNOPS	82	70	-39.0	40.0	5.2	4.6
UNDP	82	57	-52.4	46.2	5.2	4.6
UNOPS	..	13	..	18.2	..	4.5
UNICEF	26	26	-15.4	18.2	2.2	1.9
UNHCR	26	43	53.8	7.5	3.5	3.3
UNESCO	47	37	-17.0	-5.1	4.5	3.6
UNFPA	..	13	..	44.4	..	3.9
<b>Sonderorganisationen</b>	<b>381</b>	<b>336</b>	<b>-15.5</b>	<b>4.3</b>	<b>4.4</b>	<b>4.6</b>
FAO u. WFP u. IFAD	128	111	-13.3	0.0	4.8	5.0
FAO	122	87	-32.8	6.1	4.6	5.7
WHO u. PAHO	41	44	22.0	-12.0	2.2	2.6
WHO	41	43	7.3	- 2.3	2.7	3.0
ILO u. ICAT	82	66	-19.5	0.0	6.0	6.5
ILO	82	61	-29.3	5.2	6.2	6.4
IAEA	48	50	-2.1	6.4	6.9	6.0
UNIDO	45	19	-51.1	-13.6	6.8	5.2
ICAO	6	9	33.3	12.5	1.3	2.4
ITU	17	11	-35.3	0.0	4.5	4.0
WIPO	9	11	11.1	10.0	7.6	5.3
WMO	5	6	0.0	20.0	2.7	4.4
<b>INSGESAMT*</b>	<b>758</b>	<b>731</b>	<b>-9.2</b>	<b>6.3</b>	<b>4.1</b>	<b>4.0</b>

\*(schließt neben VN und Sonderorganisationen auch noch einige kleinere Sonderorganisationen ein.)

## Neue personalpolitische Strategie in der ILO

Dem Verwaltungsrat der ILO liegt ein Diskussionspapier zur personalpolitischen Strategie der Organisation vor, das deutliche Worte enthält, die mehr oder weniger auch auf andere Organisationen zutreffen. Die folgenden Zeilen dürften daher auch und gerade Kollegen aus anderen Organisationen interessieren. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem Papier und hoffen, daß diese Reaktionen im Verband auslösen bzw. Kollegen aus anderen Organisationen der VN und in den Entwicklungsbanken dazu anregen, uns über ähnliche Diskussionen in ihren Organisationen zu informieren (z.B. im Rahmen eines Folgebeitrags für den Rundbrief).

Die Aussagen im vorliegenden ILO-Papier bestätigen die vom VDBIO seit vielen Jahren aufgeworfenen zentralen Probleme: schlechte bzw. fehlende Personalpolitik in den Organisationen; die Schwierigkeit, zu VN-Gehältern hochqualifizierte Mitarbeiter aus den Industrieländern zu gewinnen (siehe Punkt 24.: Ausweichen auf die D-Ebene bei Einstellung hochkarätiger Experten vorgeschlagen) und der mangelnde personalpolitische Austausch mit der Außenwelt (siehe Punkt 31), zu der natürlich auch das jeweilige Heimatland gehört.

### Die personalpolitische Strategie der ILO

(...)

1. Internationale, auf Wissensvermittlung und Dienstleistungen basierende Organisationen müssen in der Personalverwaltung Herausragendes leisten...

2. Die gegenwärtige Personalpolitik, die personalpolitische Praxis und die jeweiligen Institutionen in der ILO sind überholt und ungeeignet, um Auftrag und Strategie der ILO erfolgreich wahrnehmen und ausführen zu können:

- *sie sind zu langsam*: es dauert im Schnitt länger als ein Jahr, um eine interne Stellenausschreibung zu besetzen;

- *sie eignen sich nicht für die Entwicklung eines Systems der Karriereförderung*: es gibt keine formalen Verfahren zur Identifizierung von Talenten und zur Management- und Karriereplanung;

- *sie fördern unerwünschtes Verhalten*: Das Klassifikationssystem begünstigt fehlende Flexibilität und "grade chasing" auf Kosten der Stellenflexibilität und der Karriereentwicklung;

- *sie erzielen keine Ergebnisse*: trotz nachhaltiger Bemühungen bleibt der Anteil von

Frauen in höheren Managementfunktionen sehr niedrig;

- *sie sind nicht billig*: die Investitionen in Personalangelegenheiten stehen sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf die entsprechenden Bemühungen in keinem Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen.

(...)

Die erste große Herausforderung für die ILO ist die Aufstellung und Umsetzung realistischer Karrierepläne für die Beschäftigten auf allen Ebenen, um so die Realisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Prioritäten der Organisation sicherzustellen.

(...)

Die zweite Herausforderung besteht darin sicherzustellen, daß jede Neueinstellung als Gelegenheit verstanden wird, die Reserve an Fachwissen in der Organisation auszubauen.

(...)

Die dritte Herausforderung besteht darin, neue Wege effizienter Kommunikation unter den Mitarbeitern zu finden, ihre Einsatzbereitschaft zu sichern und Mittel zu haben, die eine schnelle und faire Behandlung der Sorgen des einzelnen erlauben.

(...)

Die vierte Herausforderung ist der Aufbau einer Organisation, in der nicht nur ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern und den Nationen als "angemessen" angesehen wird, sondern in der die Vielfalt der Menschen eine ihrer wichtigsten Stärken ist.

(...)

### **Kandidatensuche, Einstellung und Auswahl**

20. Unsere interne und externe Einstellungspraxis sollte deutlich beschleunigt werden und dabei drei wichtige Kriterien erfüllen: hohe und gleichbleibende Standards, Fairness und Verantwortung, und Verantwortlichkeit der Vorgesetzten für Einstellungsentscheidungen.

### **Klassifizierung**

...Das gegenwärtige System in der ILO baut allein auf Stellenbeschreibungen, um Einstufungen vorzunehmen und zieht Kompetenzen oder Fähigkeiten in keiner Weise in Betracht...

24. In Verbindung mit den untenstehenden Vorschlägen...schlagen wir vor, die Möglich-

keit einzuführen, die besten weltweit anerkannten Fachleute in der ILO auf D-Ebene einzustellen.

...

### **Außenwirkung**

...

31. Zu den Maßnahmen, die wichtige Elemente der Denkweise außerhalb der ILO in die Personalpolitik der Organisation einflechten sollen, gehören:

- kurz- und längerfristige Plazierung und Austausch von ILO-Beschäftigten mit Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie Unternehmen;

....

### **Internationales Arbeitsamt, Verwaltungsrat, 276. Sitzung, Nov. 1999 GB 276/PFA/16**

Übersetzung: H. von Rohland

Den gesamten Text finden Sie in englischer Sprache auf der Webseite der ILO unter <http://mirror/public/english/20gb/docs/gb276/pfa-16.htm>



## **Mittelkürzungen für BS/JPO-Programme**

Am 17. September d.J. stattete Vorstandsmitglied Hans Willmann dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen Kurzbesuch ab. In einem Gespräch mit Herrn Günter Hansen, dem zuständigen Ministerialbeamten für die Programme "Beigeordnete Sachverständige" und "Junior Professionals", wurde vor allem der Stellenwert hervorgehoben, den

diese Programme gerade auch in personalpolitischer Hinsicht haben, wenn man den relativ niedrigen Anteil Deutscher in den Vereinten Nationen bedenkt.

Hans Willmann erinnerte an einen genau 3 Jahre zuvor erfolgten Besuch des Ehrenvorsitzenden Dr. Kurt Nook und seiner selbst beim (damaligen) Staatssekretär im BMZ, Herrn Wighard Härtl (Oktober '96), bei dem

der VDBIO die damals ‚druckfrische‘ Erfolgsmeldung erhielt, daß trotz allgemeiner Haushaltskürzungen (schon vor 3 Jahren!) die entsprechenden BS/JPO-Mittel nicht nur von diesen Kürzungen ausgenommen würden, sondern angesichts der zentralen Bedeutung, die diesen Nachwuchs- und Förderungsprogrammen seitens der Bundesregierung beigemessen werde, die entsprechenden Mittel für das Jahr 1997 um 10% angehoben würden (siehe dazu auch Notiz in RB Nr. 91, S.4).

Umso enttäuschender (bei allem Verständnis für die allgemeine momentane Haushaltslage) war von daher der Hinweis beim jetzigen Besuch, daß auch dieser so wichtige Haushaltsposten von der allgemeinen Sparvorgabe nicht verschont bleibt. Nach letztem Zahlenstand wird er demnach noch unter die Gesamtmittel von vor 1997 (also *vor* der Anhebung) zurückgefahren.

Damit ist nicht nur die von beiden Seiten (BMZ und VDBIO) begrüßte Akzentsetzung in die richtige Richtung wieder zurückgenommen worden; es steht vielmehr zu befürchten, daß die Zahl neuer Verträge, d.h. die Zahl von Neuzugängen deutscher Nachwuchskräfte über diese wichtigste Schiene aller noch verbliebenen in eine reguläre VN-Laufbahn, noch drastischer reduziert werden dürfte als zunächst zu vermuten war, da bestehende und laufende Verträge nicht vorzeitig beendet werden können, über diesen Weg also keine Einsparmöglichkeiten bestehen.

Leider werden wir hier Zeuge eines neuen Rückschlags in dem Bemühen, eine angemessene deutsche personelle Präsenz in den Vereinten Nationen und Entwicklungsbanken auch in Zukunft sicherzustellen.

**Hans Willmann**



## **Nachrichten aus den Arbeitskreisen:**

### **Genf**

#### ***Danksagung***

Es war mir leider nicht möglich, Ihnen allen persönlich für die tröstende Anteilnahme an unserer Trauer nach dem Tod meines Mannes, Herrn Carl Heinz Harder, zu antworten. Für Ihre Präsenz, Ihren Nachruf, Ihre Blumen und Spenden möchte ich mich an dieser Stelle, auch im Namen meiner Töchter, herzlichst bedanken.

**Elisabeth Harder**

### **Bangkok**

Die Verbandsekretärin, Frau Matzner, besuchte anlässlich eines privaten Aufenthaltes in Bangkok im Oktober d. J. auch die Sprecherin des dortigen Arbeitskreises, Frau Doris von Werner in der FAO, zu einem Gespräch und anschließendem Mittagessen, zu dem auch die deutschen Kolleginnen und Kollegen in Bangkok eingeladen waren. Dieser Besuch zeigte wieder einmal, dass es notwendig und nützlich ist, den persönlichen Kontakt zu den Arbeitskreisen zu pflegen.

*Standpunkte: Peter R. Weilemann*

## **Köpfe sind auch Visitenkarten Deutschlands Die Personalpolitik für die Entsendung in Internationale Organisationen muss verbessert werden**

Internationale Organisationen sind ein wichtiges Bezugsfeld und Instrument deutscher Außenpolitik. Die Besetzung von Ämtern in solchen Organisationen wird in der Öffentlichkeit nur dann wahrgenommen, wenn es um herausragende Spitzenpositionen geht, meist unter negativen Vorzeichen. Noch gut in Erinnerung ist der überflüssige Disput um die Benennung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank oder auch die Debatte um den deutschen Chef des Zentrums für das Städte- und Siedlungswesen der Vereinten Nationen in Nairobi. Das jüngste Beispiel sind die unglücklichen Vorschläge der Bundesregierung für die deutschen Mitglieder der EU-Kommission.

Deutschland muss ein großes Interesse daran haben, dass auch internationale Positionen fachlich kompetent und seinem politischen Gewicht (einschließlich seines finanziellen Beitrags) entsprechend besetzt werden. Das Bild einer starken deutschen Unterrepräsentation in der Europäischen Union oder in Organisationen der UN-Familie ist zwar nicht ganz so negativ wie manchmal vorgestellt. Doch selbst bei einer differenzierten Betrachtung kommen Experten zu dem Schluss, dass der Anteil deutschen Personals in vielen wichtigen Organisationen an den Leitungsebenen und im mittleren Management hinter dem anderer Nationen gleicher Größe und gleichen politischen Gewichts zurückbleibt.

Bereits vor vier Jahren haben die Fraktionen der damaligen Regierungskoalition im Deutschen Bundestag einen Entschließungsentwurf erarbeitet, in dem sie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Per-

sonalpolitik vorschlagen. Verabschiedet wurde diese Resolution erst zum Ende der vergangenen Legislaturperiode. Das Auswärtige Amt hat einen interessanten Maßnahmenkatalog entwickelt, dessen Umsetzung in die Praxis noch nicht richtig zu erkennen ist. Auch ist das Amt nicht immer federführend, wenn es um die Nominierung von Kandidaten geht. So ist für die International Atomenergiebehörde der Bundesminister für Forschung und Technologie zuständig, für die Weltarbeitsorganisation ILO der Arbeits- und Sozialminister. Auch ist die personell kleine Arbeitseinheit mit einer Koordinierungsfunktion sicherlich überfordert. Die Delle im deutschen Personalbestand in der EU und anderen internationalen Organisationen kann auch gar nicht kurzfristig ausgebeult werden. Dazu bedarf es mittel- und langfristiger Anstrengungen, die über das Personalgeschäft im engeren Sinne und das Schieben und Zählen von Posten hinausgehen.

Zwei Aufgabenfelder stehen mittelfristig im Vordergrund: die Rekrutierungsmechanismen für internationales Personal und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für seine Platzierung.

Im Prinzip ist es Aufgabe einer internationalen Organisation, ihren eigenen Stab aufzubauen. Seiteneinsteiger haben es nach aller Erfahrung in der Regel schwer. Internationale Personalpolitik muss also früher einsetzen. Fachleute berichten aber, dass es zunehmend schwierig sei, junge Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik für Auslandsposten zu interessieren.

Gründe lägen nicht nur in Fragen der sozialen Sicherung oder voraussehbaren Schwierigkeiten.

rigkeiten bei der Wiedereingliederung in die nationalen Behörden oder in bestimmten Fällen auch bei nicht kompetitiven Gehältern. Es fehle an Bewusstsein für die neue Stellung Deutschlands in der Welt, das von außen als einflussreiche Führungsmacht gesehen wird und objektiv zu einer zentralen Macht in Europa geworden ist. Die öffentliche Diskussion, insbesondere bei Studenten und jungen Universitätsabsolventen, scheint hinter dieser Entwicklung herzuinken.

Nur diejenigen Studenten, die neben guten Leistungen an deutschen Universitäten auch noch einen Auslandsaufenthalt oder gar ein Auslandsstudium auf sich nehmen - und davon gibt es allerdings nicht wenige-, haben eine Chance, bei den Aufnahmeverfahren oder Wettbewerben erfolgreich abzuschneiden. Die Erfahrung lehrt, dass die Chancen, diese Hürde zu überwinden, mit einem angelsächsischen Studienabschluss oder Abgangsurkunde einer französischen Eliteschule steigen. Im Umkehrschluss heißt das wohl, dass das deutsche Universitätssystem den Anforderungen nicht genügt.

Andererseits reflektiert dieses Faktum, dass die meisten internationalen Organisationen durch eine angelsächsische oder französische "bürokratische Kultur" geprägt, wo nicht dominiert sind. Nun ist dies kein naturgegebener Zustand. Ein Erfolgsgeheimnis der Deutschen war ihre leistungsfähige Ministerialbürokratie, in der, wie es einmal formuliert wurde, preußisches Pflichtbewusstsein und rheinische Lebensart eine produktive Verbindung eingingen. Hoch qualifizierte Beamte sind daraus hervorgegangen. Es wäre durchaus denkbar, deutschen Einfluss in Internationalen Organisationen auch dahin geltend zu machen. Das wiederum setzt voraus, dass man Leute entsprechend platziert. Wenn wichtige Positionen unter dem Gesichtspunkt der Versorgung besetzt werden, wird man bei der Durchsetzung seines Vorschlages nur Unwillen erzeugen und Einfluss einbüßen. Gute Köpfe, die ein Programm und eine Phi-

losophie für ihre künftige Aufgabe verkörpern und denen man auch Zukunftsperspektiven im eigenen Land zurechnet, haben hier weit bessere Chancen. Sie dienen sowohl dem Interesse der Organisation wie auch dem eigenen Staat.

Man muss Schwerpunkte setzen. Es gibt heute mehr als über 140 internationale Organisationen, von Nichtregierungsorganisationen ganz zu schweigen. Es kann keinen Sinn machen, in allen adäquat vertreten sein zu wollen. Es liegt auf der Hand, dass angemessene deutsche Präsenz in den Institutionen der Europäischen Union und der Nato - wo es im Übrigen keine Klagen geben dürfte - von vorrangiger Bedeutung ist. Aber auch die Organisationen der UN-Familie werden zunehmend wichtiger, wenn auch nicht notwendigerweise in ihrer bisherigen Ausstattung und Funktion. Das System der Vereinten Nationen wie auch ihrer Sonderorganisationen ist ein Produkt des Ost-West-Konfliktes und zugeschnitten auf eine Welt, die nicht von Globalisierung, vielfältigsten Konfliktstrukturen und einer Proliferation von schwachen Kleinstaaten, die alle gleichberechtigt vertreten sein wollen, gekennzeichnet war. Langfristig heißt deutsche Personalpolitik in internationalen Organisationen deshalb auch, einen zähen Kampf um die Reform dieser Institutionen erfolgreich fortzuführen.

*Der Autor ist stellvertretender Bereichsleiter Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. FAZ, 23. 9. 1999*

## **Ein ungastlicher Gastgeber und geschwächte UN Halbzeit für Generalsekretär Annan/ Schulden und Sicherheitsrat**

Dem Patienten, einem nie sehr robusten Mittfünziger, ging es schon schlechter, sagen seine internationalen Freunde. Aber das ist für den Betroffenen nur ein schwacher Trost. Die kränkenden Vereinten Nationen (UN), die am Dienstag in New York ihre 54. Vollversammlung eröffnet haben, haben verschiedene Leiden: Verlust an Ansehen und Einfluss im Zeichen der "neuen Weltordnung", akute Finanznot vor allem bei Friedensmissionen, einen ungastlichen amerikanischen Gastgeber, der partout seine Beitragsschulden nicht bezahlen will, einen häufig gespaltenen und sich daher selbst lähmenden Sicherheitsrat sowie einen gemäßigt auftretenden, zur Hälfte seiner fünf Jahre währenden ersten Amtszeit aber auch schon kräftig gebeutelten Generalsekretär Annan.

Die große neue Bewährungsprobe in dieser Herbstwoche ist unversehens Ost-Timor geworden. Auf der alten Tagesordnung aus dem Spätsommer rangierte die "Frage von Ost-Timor" noch an siebenundneunzigster Stelle hinter der "Frage der malagassischen Inseln Glorieuses, Judan de Nova, Europa und Bassas da India". Die Massaker seit dem Unabhängigkeitsvotum und die späte Zustimmung Indonesiens zu einem internationalen Eingreifen haben es nun an die erste Stelle der Tagesordnung gerückt.

Während sich die Delegationen der 185 Mitgliedstaaten im Glaspalast am East River zu organisatorischen Hausaufgaben, programmatischen Absprachen und institutionellen Wahlen versammeln - der Redenreigen der Präsidenten, Regierungschefs und Außenminister beginnt erst am kommenden Montag -, ist die Weltorganisation auf dreierlei, ihrer Reputation eventuell dienliche Weise gefordert: Der Sicherheitsrat könnte, im Gegensatz etwa zum Kosovo und dem Irak, Einigkeit und damit rasche Handlungsfähigkeit beweisen. Der Generalsekretär könnte demonstrieren, dass noch politisches Leben,

Initiative und Überzeugungskraft in ihm stecken. Die Vollversammlung, die bis zu ihrem Ende vor Weihnachten manchen Akteur und Beobachter mit abseitigen Themen und gespreizten Ritualen gelangweilt haben wird, könnte wenigstens zum Auftakt deutlich machen, dass sie in einem von vielen Regionalkonflikten tatsächlich hilfreicher Teil einer "Völkerfamilie" ist.

Der erste Teil dieses Jahres war für die UN, wie es der ehemalige Waffenoberinspekteur Butler ausdrückte, ein "Annus horribilis". Ob mit oder ohne ihr Zutun wollte so gut wie nichts gelingen. Der Sicherheitsrat stritt über das Kosovo. Die letzten Kontrolleure von Unscop zogen aus dem Irak ab und überließen Präsident Saddam Hussein - trotz fortwährender und immer sinnloser anmutender amerikanisch-britischer Bombardements - nunmehr unkontrolliert seinen versteckten Lieblingsaktivitäten mit B- und C-Waffen. Die Vereinigten Staaten praktizierten zum noch nachwirkenden Verdruss auch ihrer Verbündeten eine imperiale und unilaterale Militäraußenpolitik. Die Regierung von Präsident Clinton misstraute dem von ihr ins Amt gehobenen Annan, weil er ihr im Umgang mit Saddam Hussein zu weich erschienen war. Der Generalsekretär wiederum, der sich als Reformler (Budget, Personalabbau, schlankeres Management) bewährt zu haben glaubte, fühlte sich von dem Washingtoner Kongress düpiert, verachtet und finanziell ausgehungert.

Während der vergangenen Wochen waren dann wieder einige bescheidene Fortschritte zu verzeichnen. Das begann mit der Bereitschaft des Libyers Gaddafi, den Forderungen der UN endlich zu entsprechen und zwei, der Urheberschaft des Lockerbie-Attentats verdächtige Landsleute auszuliefern. Auch im Sicherheitsrat, wo die versehentliche Attacke auf die chinesische Botschaft in Belgrad die ständigen Mitglieder Vereinigte

Staaten und Großbritannien auf der einen und Russland und die Volksrepublik China auf der anderen Seite zunächst in einen kleinen Kalten Krieg getrieben hatte, ist das Klima wieder besser geworden. Die Kooperation mit Russland im Kosovo wird derzeit in New York von amerikanischen und europäischen Diplomaten als "akzeptabel" und "geschäftsmäßig" beschrieben. Die Vorwürfe von seiten der Nato, wonach die UN bei der Bewältigung ihrer zivilen Aufgaben in der Provinz zu langsam und zu wenig zupackend seien, sind leiser geworden.

Das Bewusstsein, dass die Vereinten Nationen nur so wirkungsvoll sein können, wie es das gemeinsame Engagement ihrer wichtigsten Mitglieder erlaubt, scheint bei einigen Regierungen, darunter der amerikanischen, wieder geschärft zu sein. Das ändert freilich vorerst nichts daran, dass im Kongress der "unenbehlichen Weltmacht", der in diesem Monat über den Staatshaushalt (und darunter die UN-Beiträge) berät, noch immer eine im Prinzip vom Senat - nicht vom Repräsentantenhaus - gutgeheißene Nachzahlung abermals an einem sachfremden innenpolitischen Zwist mit dem Präsidenten über die Abtreibung scheitern könnte. Bis zum vergangenen Januar hatte Washington im letzten Augenblick immerhin eine jeweils ausreichende Rate überwiesen, um nicht das Stimmrecht in der Vollversammlung zu verwirken. Die Summe ist inzwischen aber so angewachsen, dass dies für den nächsten Januar zweifelhaft geworden ist. Zwar verlören die Amerikaner nicht ihre dominierende Rolle und ihr Vetorecht im Sicherheitsrat. Aber eine Vollversammlung ohne Stimmrecht des neuen Botschafters Holbrooke wäre für Gast und Gastgeber von verheerender Symbolik.

Auf Holbrooke, den kämpferischen Diplomaten und balkanischen "troubleshooter", richten sich nun viele Hoffnungen. Als Vermittler, so sagen auch seine durchaus zahlreichen Gegner, könnte er die erforderliche Statur haben, um gleichzeitig "Washingtons Botschafter bei den Vereinten Nationen" und

"Botschafter der Vereinten Nationen in Washington" zu sein. Am Potomac hat er Kabinetsrang, ist Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats und im Kapitol, trotz einiger Friktionen, über die Parteigrenzen hinaus angesehen. Das galt jedoch auch für seine beiden Vorgänger als UN-Vertreter, Außenministerin Albright und Energieminister Richardson. Frau Albright hatte es zwar vermocht, den Annan-Vorgänger Boutros-Ghali gleichermaßen kalt wie lächelnd zu entmachten. Aber weder sie noch der im Kongress rundum beliebte ehemalige Abgeordnete Richardson konnten dem republikanischen Senator Helms und seinen verbündeten UN-Skeptikern das strittige Geld - nach UN-Rechnung 1,7 Milliarden Dollar, nach amerikanischer Rechnung nur rund eine Milliarde - entlocken.

Wer in New York das nunmehr seit sechs Jahren ergebnislos diskutierte Reformthema einer Erweiterung des Sicherheitsrates - mit Deutschland, dem nach den Vereinigten Staaten und Japan drittgrößten (und zuverlässigen) Beitragszahler, als ständigem Mitglied - anspricht, ruft großes Gähnen hervor. Weniger eine Aufnahme Deutschlands und Japans, vielmehr die Zahl und Auswahl komplementärer großer Drittweltländer ist so umstritten, dass der Mehrheit aller Mitglieder der Status quo geradezu attraktiv erscheint. Hinzu kommt, dass im Sicherheitsrat selbst die drei statusbewussten westlichen Mitglieder Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich bestenfalls noch schwächliche Lippenbekenntnisse ablegen, aber keine Initiative zeigen. Bundeskanzler Schröder hat das von seinem Vorgänger Kohl recht intensiv betriebene Projekt realitätsbewusst niedriger gehängt. Außenminister Fischer, der in der kommenden Woche vielerlei ansprechen dürfte - von der Ächtung der Todesstrafe bis zur Frage des internationalen "Gewaltmonopols" des Sicherheitsrats -, mag darüber nicht einmal mehr ein Wort verlieren.

**FAZ, 15. September 1999**

## “Das ist pure Ironie“ - Der neue UNDP-Chef kritisiert die rot-grüne Politik

*DIE ZEIT:* Herr Malloch Brown, Sie wollen demnächst mit Popstars für die Entwicklungspolitik werben. Haben Sie den Konzertbesuchern auch etwas Neues zu sagen?

*Mark Malloch Brown:* Selbstverständlich. Wir haben einen Kreuzzug gegen die Armut hinter uns. Vor allem in Asien konnten im letzten Jahrzehnt Millionen von Menschen das schlimmste Elend hinter sich lassen. Und obwohl es immer noch 1,3 Milliarden armer Menschen gibt, sind wir optimistisch, dass mindestens der Hälfte relativ leicht geholfen werden könnte. Frustrierend an der ganzen Sache ist nur: Nun, da wir die politischen Rezepte kennen, geht uns das Geld aus.

*ZEIT:* In den Industrieländern fehlt der Glauben, dass Entwicklungspolitik etwas bringt.

*Malloch Brown:* Weil nur die wenigsten Menschen wissen, dass man mit wenig Geld mancherorten die Lage entscheidend verändern kann. Die Lobby für unsere Arbeit ist folglich einfach zu klein. Deshalb wollen wir künftig per Internet mehr Leute ansprechen. Sie sollen sich engagieren, helfen und selbst Kontakte in den armen Ländern aufbauen können.

*ZEIT:* Ein Beispiel bitte.

*Malloch Brown:* Schauen Sie auf meinen Computerbildschirm. Wir präsentieren Projekte, zum Beispiel eines in Haiti. Dort hat eine Fliege 1982 das kreolische Schwein, von dem sich viele Menschen ernähren, fast ausgerottet. Nur langsam wächst die Schweinepopulation jetzt wieder nach. So ein Tier kostet etwa 80 Mark. Der amerikanische Farmer im Mittleren Westen, der das liest, könnte für ein Schwein spenden. Ich setze darauf, dass nach unserem Konzert eine Milliarde Leute die Web-Seite besuchen. Wenn wir davon nur 10 Millionen bei der Stange halten, hätte ich eine internationale Lobby

für Entwicklung organisiert.

*ZEIT:* Die deutsche Regierung scheint Ihre Aufbauarbeit nicht für sehr sinnvoll zu halten. Sie hat die Zuschüsse an UNDP kräftig gekürzt.

*Malloch Brown:* Das ist pure Ironie. Noch vor kurzem warb man darum, dass UNDP nach Bonn umzieht. Nun regiert eine rot-grüne Koalition, die in ihrem Koalitionsvertrag versprochen hat, die Entwicklungshilfe zu steigern und die UNO stärker zu unterstützen. Ihr erster politischer Akt aber ist, uns über die Hälfte des geplanten Geldes zu streichen.

*ZEIT:* Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul hat aber noch kürzlich ihr Engagement für die internationalen Organisationen betont.

*Malloch Brown:* Ich will ihr persönliches Engagement gar nicht in Frage stellen. Es ist einfach innenpolitisch am wenigsten schmerzhaft, bei den freiwilligen Leistungen für die Vereinten Nationen zu sparen. Für uns hat das aber weitreichende Folgen. Andere Geber merken plötzlich, dass Deutschland einfach die Hälfte seiner Zuschüsse streichen kann, und das verunsichert. Es ist wie in einer zwanzig Jahre alten glücklichen Ehe, in der ein Partner ohne Ankündigung geht. Da fürchtet man automatisch, dass auch andere Familienmitglieder ihre Koffer packen.

(Mark Malloch Brown ist Chef des UN-Entwicklungsprogramms UNDP)

**DIE ZEIT, 17. September 1999**

## Entwicklungshilfe: Tausend Schnitte

Bereits kurz nach seinem Amtsantritt steht der neue Chef des UNO-Entwicklungshilfeprogramms (UNDP), Mark Malloch Brown, vor einer heiklen Mission. Diese Woche will er in Bonn die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wieczorek-Zeul, und kurz darauf auch die dänische Regierung davon überzeugen, die angekündigten Kürzungen ihrer Zuschüsse für die Entwicklungsarbeit wieder rückgängig zu machen. Die Bundesregierung will im Zuge ihrer Haushaltssanierungen und auf Grund von EU-Verpflichtungen die deutschen Mittel für das UNO-Programm im Etat für das Jahr 2000 um 50 Prozent streichen - 42,5 Millionen Mark. Dänemark plant Einsparungen von 23 Prozent, um Verpflichtungen zum Wiederaufbau im Kosovo nachkommen zu können. Beide Länder gehören traditionell zu den stärksten Zahlern an die UNDP. Malloch Brown ist empört über den Schritt beider Regierungen, der andere zur Nachahmung animiert und so die UNO-Arbeit zur Armutsbekämpfung massiv gefährde. "Es ist ein Skandal," sagt der ehemalige Vizepräsident der Weltbank, "dass eine Organisation, die 90

Prozent ihrer Mittel für die Ärmsten der Welt ausgibt, für das Kosovo oder die Einhaltung von EU-Währungszielen zur Kasse gebeten wird." In nur kurzer Zeit seien die Mittel des UNDP auf Grund von Kürzungen durch die Geberländer rapide zurückgegangen - von 1,2 Milliarden US-Dollar 1992 auf nur noch 718 Millionen 1999. "Ihr tötet das UNO-Entwicklungshilfeprogramm mit tausend Schnitten", appellierte Malloch Brown letzte Woche im geschäftsführenden Vorstand an die Mitgliedsregierungen. Ungebrochen ist die Unterstützung durch Künstler. Um zumindest einen kleinen Teil ihres Defizits wieder auszugleichen und ein groß angelegtes Internet-Projekt (NetAid) gegen Hunger und Armut in der Welt zu promoten, plant die UNO-Organisation am 9. Oktober drei Benefiz-Konzerte in New York, London und Genf, zu dem sich Weltstars der Pop- und Rockmusik angesagt haben. Mit dabei: George Michael, Pete Townshend, Robbie Williams, Bryan Adams, David Bowie, Bono von U2 und die Eurythmics.

DER SPIEGEL, 20. 9. 1999



## Hilfswerke warnen vor Ausbluten der Entwicklungshilfe

*Venro prognostiziert Rückgang auf weniger als 0,2 Prozent vom BSP/  
Bundesministerium: Kein Politikwechsel*

Die deutschen Entwicklungsorganisationen warnen vor den dramatischen Folgen des Sparpakets der Bundesregierung für die Bekämpfung der Armut in der Welt. Der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt (BSP) werde bis zum Jahr 2003 wahrscheinlich unter 0,2 Prozent sinken. Damit stünden wesentliche Inhalte der über Jahrzehnte gewachsenen Entwicklungshilfe zur

Disposition. Die Ankündigungen der Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), dass der Haushalt vom Jahr 2004 an wieder steigen solle, seien unrealistische Vertröstungen, sagte der Vorsitzende des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro), Peter Molt, auf einem Fachgespräch in Berlin. Entwicklungspolitische Programme ließen

sich nicht ohne Folgen für fünf Jahre aussetzen oder drastisch reduzieren. Der Schaden werde dann schon eingetreten sein.

Die Organisationen kritisieren schon länger, dass der Entwicklungshilfe-Haushalt im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 Prozent gekürzt wird. Im Vergleich zum gesamten Bundesetat, der um 7,4 Prozent zurückgenommen werde, sei er überdurchschnittlich betroffen. Die besonders wichtigen Verpflichtungsermächtigungen sollten sogar um 58 Prozent auf 3,16 Milliarden DM im Jahr 2000 beschnitten werden. In den nächsten Jahren würden deshalb kaum noch mehrjährige Projekte zugesagt werden können, befürchten die Hilfswerke. Im Wesentlichen könnte nur noch das bereits vereinbarte Programm mit den Entwicklungsländern abgewickelt werden.

Die regierungsunabhängigen Organisationen und kirchlichen Hilfswerke verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Koalitionsvereinbarung: "Um dem international vereinbarten 0,7-Prozent-Ziel näher zu kommen, wird die Koalition den Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts umkehren und vor allem die Verpflichtungsermächtigungen kontinuierlich maßvoll erhöhen", heißt es dort. Die mittelfristige Finanzplanung, die die Bundesregierung beschlossen hat, spricht nach den Worten der Organisationen eine andere Sprache. Der Etat von Wiczorek-Zeul werde bis zum Jahr 2003 auf 84 Prozent des Niveaus von 1999 gekürzt werden. Damit dürfte sich sein Anteil am Bruttosozialprodukt im Vergleich zu 1990 mindestens halbieren. Damals lag er bei 0,42 Prozent. Schon bis 1997 sei der Anteil des Entwicklungsetats am Bruttosozialprodukt auf 0,28 Prozent zurückgegangen. Die Hilfswerke fordern auch ein anderes Versprechen ein. Nach der Koalitionsvereinbarung sollte auch die Arbeit der regierungsunabhängigen Organisationen verstärkt gefördert werden. Die Bundesregierung beschreite jedoch den entgegengesetzten Weg, wenn sie darangehe, die Zusammenarbeit mit ihnen erheblich einzuschränken.

Der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Erich Stather, und der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Oswald Metzger, wiesen auf der Berliner Veranstaltung die Vorwürfe zurück, dass mit den Einschnitten die Krisenprävention zu kurz komme und nur noch Nothilfe möglich sei. Es mache keinen Sinn, "auf der Klagemauer zu stehen", sagte Stather. Auch unter den veränderten Rahmenbedingungen werde es keinen Politikwechsel geben. Der Anteil der Armutsbekämpfung in der zwischenstaatlichen Arbeit betrage im kommenden Jahr 52%. Metzger sagte, bei den Sparbemühungen könne kein Politikbereich ausgeklammert werden. Manchmal wachse ja auch die Kreativität in Zeiten knapper Kasse.

Darüber hinaus relativiert das Entwicklungsministerium seit den Beschlüssen vom Sommer die Kürzungen. Zum einen stünden zusätzliche Mittel für Südosteuropa zur Verfügung. In den nächsten vier Jahren seien dies 1,2 Milliarden DM, über die das Entwicklungsministerium zum größten Teil verfügen könne. Zum anderen werde die mittelfristige Finanzplanung in den jährlichen Haushaltsberatungen konkretisiert und möglicherweise korrigiert. Endgültige Aussagen für das Jahr 2003 seien daher noch nicht möglich. Auch dürfe man die Einschnitte bei den Verpflichtungsermächtigungen nicht überbewerten, da sie traditionell stark schwankten.

**FAZ, 4.10. 1999**

## **Lob ist billiger als Hilfe**

### **Deutschland spart an der Entwicklungspolitik.**

*Ein Gespräch mit der UN-Bevölkerungsbeauftragten Nafis Sadik*

*DIE ZEIT:* Frau Sadik, die Weltbevölkerung wächst langsamer als noch vor kurzem befürchtet. Ist das einen Trendwende, die Sie zufrieden stimmt?

*Nafis Sadik:* Nein, zufrieden bin ich ganz und gar nicht. Sicher, wir haben in relativ kurzer Zeit enorme Fortschritte erzielt. Als wir vor 30 Jahren mit unserer Arbeit begannen, da gab es nur eine Hand voll Länder mit Familienplanungsprogramm. Heute ist das fast überall der Fall. Damals wurden Verhütungsmittel kaum benutzt, heute sind die weit verbreitet. Und die Zahl der Kinder pro Frau ist von mehr als sechs auf etwa drei zurückgegangen. Nur: All diese Durchschnittszahlen verschleiern, dass es nach wie vor große regionale Unterschiede gibt.

*ZEIT:* Wo ist die Lage noch immer schwierig?

*Sadik:* In vielen Staaten Schwarzafrikas, in meiner Heimat Pakistan, auch in Zentralamerika. Statistisch betrachtet bringt dort jede Frau noch immer fünf Kinder zur Welt. Nach UN-Schätzungen erreichen wir weltweit mit unserer Beratung und Hilfe rund 350 Millionen Frauen überhaupt nicht - obwohl sich viele von ihnen gegen eine ungewollte Schwangerschaft schützen wollen. Nach wie vor existiert eine riesige Kluft zwischen der gewünschten und der tatsächlichen Familiengröße: Die Menschen wollen ja weniger Kinder! Es bleibt also noch viel zu tun.

*ZEIT:* Das öffentliche Interesse, auch die finanzielle Hilfe für Ihre Arbeit lassen aber nach.

*Sadik:* Sie haben Recht, und das ist wirklich sehr enttäuschend. 1994 hatte sich die internationale Gemeinschaft bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo auf ein vernünftiges Programm geeinigt. Zunächst stiegen

dann auch die Finanzhilfen aus dem Norden. Aber schon 1997 und 1998 stagnierten diese Mittel, und jetzt überweisen die reichen Länder sogar weniger. In den besonders bedürftigen Ländern ist das fehlende Geld mittlerweile das größte Hindernis im Kampf gegen das Bevölkerungswachstum.

*ZEIT:* Wie groß ist denn die Kluft zwischen den Versprechen von Kairo und der Wirklichkeit?

*Sadik:* Die Industrieländer wollten eigentlich 5,7 Milliarden Dollar zahlen, jährlich. Nun überweisen sie nur etwa 2 Milliarden. Das ist nur ein Drittel von dem, was sie in Kairo versprochen hatten. Wenn das Geld fehlt für eine so zentrale Herausforderung wie die Bevölkerungsfrage, dann schadet dies der gesamten Entwicklungspolitik. Das ist schon sehr bitter.

*ZEIT:* Hält denn wenigstens die rot-grüne Regierung in Deutschland Wort?

*Sadik:* Ich hatte gehofft, die Deutschen würden sich endlich dem Ziel annähern, 0,7 Prozent ihres Sozialprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben. Da bin leider enttäuscht worden. Das gilt auch für meinen Job, die Bevölkerungspolitik. Zwar bescheinigt uns die deutsche Regierung eine gute Arbeit, aber ihr Beitrag an den UN-Bevölkerungsfonds sinkt seit 1995. Damals bekamen wir 46 Millionen Mark, doch für kommendes Jahr sind nur noch 18 Millionen eingeplant. Das ist wirklich ärgerlich.

*ZEIT:* Entwicklungspolitik ist hierzulande nicht mehr sonderlich populär.

*Sadik:* Das hat man mir auch gesagt. Aber ich denke, Politiker müssen auch führen und der Öffentlichkeit erklären, warum Entwicklungshilfe wichtig ist. Die Leute verstehen

das dann durchaus. Und es gibt ja auch Länder, die sich mehr engagieren: die Niederlande, Dänemark, Schweden und die Schweiz zum Beispiel. Da ist es umso trauriger, wenn das deutsche Engagement nachlässt. Immerhin ist Deutschland das führende Land in Europa, Berlin trägt Verantwortung.

*ZEIT*: Was sind die Folgen, wenn das Geld ausbleibt, woran fehlt's? (...) Im globalen Dorf wächst...

*Sadik*: ... die Kluft zwischen Arm und Reich, richtig. Sie wächst sogar innerhalb der Entwicklungsländer. Auf dem weltweiten Marktplatz werden die Reichen immer reicher. Ein

Amerikaner konsumiert mittlerweile soviel wie 50 Inder oder Pakistani. Weltweit gibt es eine Milliarde wirklich armer Menschen. Die belasten die Umwelt, weil sie überleben wollen. Andererseits haben wir eine Milliarde reicher Menschen, die strapazieren die Umwelt, weil sie zu viel verbrauchen. Dazwischen gibt es vier Milliarden Menschen, die den Reichen nacheifern. Das ist das Problem: Wie hält der Planet Erde demnächst acht oder sogar neun Milliarden Menschen aus, wenn die Mehrheit so lebt, wie die Reichen heute. Da brauchen wir dringend ein neues Entwicklungsmodell.

**DIE ZEIT, 7. 10. 1999**



## **Kampf gegen Schlendrian und Verschwendung** **UN-Generalinspekteur Paschke zieht Bilanz seiner Amtszeit** *Der deutsche Diplomat hat mit seiner Arbeit für die UN* *70 Millionen Dollar eingespart*

Viele werden aufatmen, wenn er kommenden Monat geht. Denn der Deutsche Karl-Theodor Paschke ist vielleicht der unbequemste Mann im UN-Hauptquartier in New York. Seit fünf Jahren kämpft der 63 Jahre alte Preuße gegen Schlendrian und Verschwendung bei den Vereinten Nationen. Anlässlich der Vorstellung seines Jahresberichts hat der scheidende Generalinspekteur nun eine Bilanz seiner Amtszeit gezogen: Rund 70 Millionen Dollar haben die UN dank seiner Arbeit eingespart.

Von den 6000 Empfehlungen, die sein Büro zur internen Rechnungsprüfung in den vergangenen fünf Jahren erarbeitet hat, seien mehr als 70 Prozent umgesetzt worden, sagte Paschke. Die UN-Verwaltung sei besser, das Management professioneller geworden.

Bei der Kontrolle konzentriert sich die Behörde, die Paschke mit dem Bundesrechnungshof vergleicht, besonders auf die aufwendigen Friedensmissionen und humanitären Einsätze der Völkergemeinschaft. So wurden etwa bei der Bosnien-Mission Betrügereien mit Reisekosten-Abrechnungen aufgedeckt. In einem anderen Land wurde bei einem von den Vereinten Nationen geförderten Wohnungsbauprogramm gemauschelt.

Besonders scharf ging Paschke in der Vergangenheit mit dem UN-Tribunal für Ruanda im tansanischen Arusha ins Gericht. Nach einem internen Bericht des Chef-Inspektors war es unter der Leitung des Liberianers George Anderson zu schwerem Amtsmissbrauch in der Verwaltung des Tribunals gekommen. Anderson wurde daraufhin abgesetzt.

Karl-Theodor Paschke kämpft gegen Misswirtschaft, doch sein Amt verdankte er selbst einer Erpressung: 1994 drohten die Amerikaner damit, ihre Zahlungen an die Vereinten Nationen zurückzuhalten, wenn nicht endlich ein Generalinspekteur ernannt wird, um die Arbeit der UN-Verwaltung zu überprüfen. Bis dahin gab es bei den Vereinten Nationen keine zentrale Kontrolle. Unter dem Druck aus Washington schuf die Generalversammlung 1994 den Posten eines Generalinspektors und besetzte ihn mit dem Deutschen Paschke.

Aber der erfahrene Diplomat verhielt sich in der Folge keineswegs immer im Sinne der USA. "Die Amerikaner hätten es am liebsten gehabt, wenn ich hier mit dem Maschinengewehr durchlaufen würde und erst einmal tausend Posten überflüssig machen würde", sagte er einmal. Doch Paschke wusste, dass eine Radikalkur des aufgeschwemmten

UN-Körpers gar nicht durchsetzbar war. Er musste mit kleinen, behutsamen Reformschritten daran gehen, die Verwaltung zu verschlanken. Nach Ansicht des UN-Experten der Stiftung Wissenschaft und Politik, Winrich Kühne, hat es der Generalinspekteur dabei geschafft, die "Balance zwischen Diplomatie und Entschlossenheit" zu halten. Er habe die Vereinten Nationen professioneller gemacht, ohne ihren Charakter als multinationale Organisation zu stören.

Dem amerikanischen Kongress gehen die Reformen jedoch nicht weit genug. Die Beitragsschuld der USA ist mittlerweile auf 1,7 Milliarden Dollar aufgelaufen. Paschkes Nachfolger wird also noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Er wird Mitte November von UN-Generalsekretär Kofi Annan ernannt.

**Süddeutsche Zeitung, 27.10.1999**